

Erhard Crome

Deutschland in Europa. Eine neue Rolle nach der Finanzkrise?

Rocznik Integracji Europejskiej nr 6, 7-15

2012

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach dozwolonego użytku.

ROZPRAWY I ARTYKULY

ERHARD CROME

Berlin

Deutschland in Europa. Eine neue Rolle nach der Finanzkrise?

Prognosen gelten als kompliziert, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. Der Satz wird zuweilen Karl Valentin oder Winston Churchill zugeschrieben, stammt wohl aber doch von Mark Twain. Seit Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, in der wir uns noch immer befinden, beschäftigen sich damit Wissenschaftler, Publizisten und Politiker. Ein EU-Gipfel jagt den nächsten, ohne dass eine nachhaltige Lösung der Probleme erreicht werden konnte. Wahrscheinlich gibt es auch keine, solange kein Systembruch mit dem Denken und Handeln sowie den Institutionalisierungen erfolgt, die die neoliberale Strömung in den vergangenen Jahrzehnten hervorgebracht hat.

Aus der Finanzkrise seit 2008 wurde eine Wirtschaftskrise und dann eine Eurokrise, weil die „Bankenrettung“ zum Erhalt der überschüssigen Finanzkapitale der Spekulanten und zur Explosion der Staatsverschuldung geführt hatte. Die fiktiven Schulden der Spekulation wurden in reale Schulden der Staaten verwandelt, für die die Steuerzahler aufkommen sollen, auch um den Preis der Absenkung von Löhnen und Renten. Weil die überschüssigen Kapitale über die Krise gebracht und gerettet wurden, zugleich aber in der „Realwirtschaft“ nicht die entsprechenden Anlagemöglichkeiten finden, richtete sich die Spekulation nun gegen die Staatshaushalte der schwächeren EU-Staaten. Die Gründungsfehler der EU, die Freiheiten des Kapitals zu vergemeinschaften, nicht aber die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, eine gemeinsame Währung in Gestalt des Euro zu schaffen, aber eine gemeinsame Haftung der teilnehmenden Länder auszuschließen, haben diese Flanke geöffnet. Die Finanzkrise hat zur Kenntlichkeit gebracht, was in der Konstruktion der EU längst angelegt war. Die Opfer dieser Entwicklungen sind nun vor allem die Bevölkerungen in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien, denen immer neue Sozialkürzungen – in den Medien euphemistisch „Sparprogramme“ genannt – aufgenötigt werden. Auf diesem Wege wird in immer mehr Ländern aus der Wirtschaftskrise nun eine soziale Krise, die schließlich in eine Krise der politischen Repräsentation mündet.

Die Krise, die EU und Deutschland

Die Krise hat die EU nicht nur als Institutionengefüge auf den Prüfstand gestellt, sondern auch ihren ursprünglichen Entstehungszweck. Die Ausgangsidee – erinnert sei

nur an Jean Monnet und Robert Schuman – war die Schaffung einer europäischen Friedensordnung durch Einhegung Deutschlands. Die sollte durch Interessenverschränkung nicht nur mit Frankreich, sondern auch unter Einbeziehung von Italien sowie der Benelux-Staaten erfolgen, und zwar auf dem Wege von supranationaler Institutionalisierung – die Montanunion (ab 1950), dann die EWG (ab 1957), EG und schließlich EU waren die Konsequenz dessen. Deutschland, das mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts unendliches Leid über Europa und die Welt gebracht hatte, mit seinen Versuchen, den Kontinent zu beherrschen, sollte gehindert werden, einen dritten Versuch zu unternehmen. Hinzu kam die deutsche Teilung: die drei westlichen Siegermächte kontrollierten die BRD, die seit Anfang an in Montanunion und EWG/EG/EU eingeordnet war, und die Sowjetunion die DDR. NATO und Warschauer Vertragsorganisation waren nicht nur gegeneinander gerichtet, sondern dienten ebenfalls der Kontrolle der Deutschen.

Diese Nachkriegskonstruktion war mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/91 erledigt. In der Mitte Europas erstand das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen. Der Schweizerische Journalist Eric Hujer beschrieb die veränderte Lage so: „Die Bundesrepublik steht nicht mehr unter Kuratel und ist nicht mehr existenziell auf den Schutz ihrer Verbündeten angewiesen“. Die Umbrüche von 1989/1991 nennt er eine „Revision der Nachkriegsordnung“. Deren Folge ist, sie „brachte Russland, aber auch den alliierten Siegermächten Frankreich und Großbritannien einen Bedeutungsverlust. Die Bundesrepublik zählt hingegen zu den Gewinnern der neuen Weltordnung. Sie zieht ihre Stärke nicht mehr wie im Kalten Krieg allein aus ihrer wirtschaftlichen Potenz. Gemeinsam mit einer Handvoll anderer Staaten hat sie die kritische Größe, um internationale Politik zu gestalten. Das wiedervereinigte Deutschland ist zu einer Großmacht herangewachsen, und sie beginnt, die Möglichkeiten zu nutzen“¹. Das war vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise geschrieben. Und die hat Deutschland genutzt, um eben diese beschworene Großmachtpolitik zu realisieren.

Bereits seit der deutschen Vereinigung hat eine schrittweise Verselbständigung der deutschen Außenpolitik stattgefunden. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik, schon der westdeutschen vor 1989, war stets, Alleingänge zu vermeiden und immer im Bündnis bzw. im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln, sei es die Europäische Union, die NATO oder auch die UNO. Besondere Bedeutung wurde der „Westbindung“ beigemessen. Nach dem 11. September 2001 erklärte der deutsche Bundeskanzler, Gerhard Schröder, die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. Kam es zu einer Differenz in der Positionierung der USA oder Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik dann für eine der beiden Positionen. So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA, für den die Bush-Regierung „Willige“ gesucht hatte, sah sich dabei aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich. Die deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Li-

¹ E. Hujer, *Schluss mit der Heuchelei. Deutschland ist eine Großmacht*, Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2007, s. 9.

byen öffnete, war der erste Fall, dass Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, wohl aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Auf der Ebene der symbolischen Politik war dies das Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in der NATO und der EU, dass Deutschland nur dann mit ihnen übereinstimmt, wenn es seinen Interessen entspricht. Oder anders gesagt, seit 2011 gilt: Die deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen“, die andere definieren.

Die Frage nun ist, ob das so auch für die deutsche EU-Politik gilt. Für Kanzler wie Adenauer, Brandt, Schmidt oder Kohl war völlig klar, dass die europäische Integration deutsche Staatsraison ist, ein Ziel an und für sich. Im Zuge der deutschen Politik in der „Schuldenfrage“ heute ist dies nicht mehr klar. Vielmehr entsteht das Bild, als werde die EU heute aus deutscher Sicht als Voraussetzung betrachtet, die das Streben nach neuer Weltgeltung möglich machen soll. Deutschland für sich genommen kann mit China nicht auf gleicher Augenhöhe reden, mit der EU als Hinterland deutscher Politik sehr wohl. Der Kollaps des US-amerikanischen Unilateralismus ruft nicht nur „neue“ Mächte auf den Plan, wie China oder Indien, und „alte“ wie Russland, sondern auch die EU, und hier militärisch auch die anderen „alten“ Mächte, wie Frankreich und Großbritannien im Libyenkrieg, oder politisch und wirtschaftlich Deutschland als eigenständige Macht mit global ausgreifenden Interessen.

Eine neue deutsche Hegemoniedebatte

Die Zeitschrift „Merkur“ eröffnete den Jahrgang 2012 mit einem Text unter der Überschrift: „Hegemon wider Willen“. Der Autor, Christoph Schönberger, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Konstanz, beschrieb die mit der Finanzkrise veränderte Lage so: „Nichts von den mühsam-kunstvollen Konstruktionen, die Westeuropa nach 1945 entwickelt und der wiedervereinigte Kontinent nach 1989 bestätigt und vertieft hat, erscheint in der europäischen Staatsschuldenkrise noch selbstverständlich. Diese grundlegende Verunsicherung trifft die Bundesrepublik besonders, war doch der erstaunliche Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Eingliederung in ein verdichtet integriertes europäisches Staatengefüge untrennbar verknüpft. Zugleich zeigt sich jetzt deutlicher denn je, wie sehr die Bundesrepublik zur Hegemonialmacht Europas geworden ist. Sie muss führen...“². Es folgt der inzwischen oft obligate Hinweis auf die vorgebliche Unfähigkeit der politischen Führung dieses Landes: „Die Anforderungen, die sich aus der deutschen Hegemonialstellung innerhalb der Europäischen Union ergeben, sind groß; die Bundesrepublik wird ihnen aber nur unzureichend gerecht. Dabei verketteten sich mentale und institutionelle Faktoren auf unglückliche Weise“³.

² Ch. Schönberger, *Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union*, „Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken“, Heft 752, Berlin, Januar 2012, s. 1.

³ *Ibidem*, s. 5.

Das war zwar 1914ff. und 1939ff. ebenfalls so. Den Vergleich jedoch würde der Autor wahrscheinlich weit von sich weisen. Aber vielleicht ist es das deutsche Schicksal, sich zur Hegemonie berufen zu fühlen, und ihre Realisation schließlich doch zu verfehlen? Am Ende spürt Schönberger selbst die Analogie: „Die Hegemonie in der Europäischen Union fordert von den deutschen Eliten und der deutschen Öffentlichkeit etwas, das Deutschlands Lage in der Mitte Europas von ihnen schon immer verlangt hat: den Verzicht auf nationale Introvertiertheit; die aufmerksame Kenntnis, Beobachtung und Beeinflussung der europäischen Nachbarn; die Definition der eigenen Interessen unter Einbeziehung der Interessenlage der Partner; das Voraus- und Mitdenken für Europa insgesamt“. Die Pointe schließlich lautet: „Ein mentales und institutionelles Sich-Einkrümmen, ein selbstbezogenes Verwalten der eigenen Besitzstände... kann sich die Bundesrepublik nicht erlauben. Sie muss die Bürde der Hegemonie tragen, auch wenn sie diese schmerzhafter auf ihren Schultern spürt“⁴.

Damit meint er gewisslich nicht die Erträge, die das deutsche Kapital aus der Einführung des Euro und der Art und Weise der Integration innerhalb der EU in den vergangenen zwanzig Jahren gezogen hat, sondern die politische Herausforderung. Ulrike Guérot, die seit 2007 das Berliner Büro des *European Council on Foreign Relations* leitet, kommentierte in gleichem Sinne die Rede von Wolfgang Schäuble zur Entgegennahme des Karlspreises der Stadt Aachen 2012 mit der Feststellung: „Europa wird deutscher, Deutschland wird Hegemon Europas. Das muss nicht schlecht sein“, um dann ebenfalls zu folgern: „Deutschland muss nun Weitsicht und strategische Führungsqualitäten beweisen... Deutschland ist durch den Euro zur Weltmacht geworden. Trotzdem ist das Land dabei, ihn zu verspielen, weil es nicht versteht – oder nicht verstehen will –, dass der Euro in seiner Essenz politisch ist“⁵. Auch im „Tagesspiegel“ wurde etwa zur gleichen Zeit das Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel der Hegemonie und der Befürchtung, es zu verfehlen, zum Ausdruck gebracht: „So groß die Angst vor einer deutschen Hegemonie in Europa ist, so groß sind gleichzeitig die Erwartungen an Berlin, und die sind beileibe nicht nur finanzieller Art. Alle erwarten, dass Deutschland handelt, sowohl seine politische Führungsrolle in Europa als auch seine finanzielle Verantwortung für Europa wahrnimmt“⁶.

All diese Einschätzungen zeigen dreierlei: 1) eine deutsche Hegemonie in Europa wird zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung für völlig normal gehalten; 2) die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert; 3) Einigkeit besteht darin, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Veränderung dahingehend gebracht hat, dass Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle eingerückt ist. Nun könnte eingewandt werden, dass es auch andere Stimmen in Deutschland gibt. Demgegenüber ist festzuhalten: Es ist dies augenscheinlich das Denken eines wichtigen Teils des eher konservativen deutschen Bürgertums, das den politischen Entschei-

⁴ Ibidem, s. 8.

⁵ Deutschlandradio Kultur, 11. Juni 2012. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politische-sfeuilleton/1779725/>.

⁶ Ch. Seils, *Merkel und der Euro. Wann wird „Madame No“ weich?* „Der Tagesspiegel“, 25. Juni 2012.

dungsprozessen in diesem Lande gewiss nicht fernsteht. Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der Hamburger „Die Zeit“ und deren Ressortchef für Politik, hatte bereits 2011 geschrieben: „Deutschland ist eine Mittelmacht, das heißt stärker als die meisten Länder in Europa, aber längst nicht so stark wie die USA oder heute China“. Und weiter: „Bis zur Einheit und noch darüber hinaus lag es im deutschen Interesse, die eigene Stärke nicht zu zeigen, um nicht die historischen Vorbehalte zu mobilisieren. An diese Maxime hielt sich jede Regierung, auch die jetzige. Allein, so funktioniert es nicht mehr. Schon in der Finanzkrise, erst recht mit der europäischen Währungs- und Schuldenkrise, wurde von Deutschland als wirtschaftlich gesunderster Macht Führung verlangt, und spätestens hier ließ sich die Stärke nicht mehr camouflieren. Damit aber verändert sich die Rolle Deutschlands insgesamt. Vom Bösewicht der Weltgeschichte hatte man sich zu Everybody's Darling emporgearbeitet, um nun in Europa zu etwas zu werden, was die USA lange Zeit für die Welt waren: die Nation, die alles regeln soll und die jeder hernach beschimpfen darf, wie sie es geregelt hat, einerseits Retter und andererseits Imperialist“⁷. Hier sind zusätzlich zwei Punkte interessant: Man vergleicht sich mit den USA und hat keine Skrupel, „Imperialist“ zu sein.

Hans Kundnani vom *European Council on Foreign Relations* (London) stellte Ende 2011 in der Zeitschrift „Internationale Politik“ ebenfalls fest: „Die Euro-Krise hat eine neue, bestimmende Bundesrepublik hervorgebracht. Die einstige Zivilmacht Deutschland wird zu einer geoökonomischen Macht“. Bei der Erörterung dessen, was diese Charakterisierung bedeutet, bezieht er sich zunächst wieder auf den Nahen Osten (das Entscheidungsverhalten in Sachen Libyen-Resolution war noch frisch) und sieht eine „wachsende Spannung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes“. Dann meint er: „Nun mag ein Streben nach Schutz nicht mehr im Vordergrund stehen, sondern einer Definition nationalen Interesses vornehmlich in wirtschaftlicher Hinsicht gewichen sein. Trotzdem wird Deutschland sich nicht vollständig vom Westen trennen. Das Land wird sich weiterhin auf NATO (für Sicherheit) und EU (für Absatzmärkte) verlassen. Im geopolitischen Ganzen ist das Land gutmütig. Dennoch könnte die deutsche Wirtschaft ihrer Umgebung entwachsen sein. Die Nachbarn können nicht mehr mithalten, aber Deutschland ist auch nicht groß genug, um Hegemon zu sein. Eine neue geoökonomische Variante der deutschen Frage steht im Raum“⁸. Abgesehen davon, dass Kundnani stärker als die anderen Autoren bezweifelt, ob Deutschland dieser hegemonialen Rolle gewachsen ist, ist doch die Inhaltsbestimmung der „geoökonomischen Macht“ konzeptionell bedeutsam. Es ist eine Macht, die auf den globalen Markt, die Weltwirtschaft gerichtete Interessen hat, die vor allem wirtschaftlich gestützt sind. Die regionalen Einbindungen in Europa, einschließlich derer in die EU, wie auch die Beteiligung an der NATO oder das Agieren in der UNO und anderen internationalen Organisationen, die internationale Politik in einem politisch-diplomatischen Sinne sind Funktionen dieser Wirtschaftsinteressen.

⁷ B. Ulrich, *Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss*, Reinbek bei Hamburg 2011, s. 64–66.

⁸ H. Kundnani, *Paradoxon Deutschland. Eine geoökonomische Macht in der Zwickmühle*, „Internationale Politik“ 2012, Heft 6, s. 62, 67.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach den aktuellen Zahlen des Internationalen Währungsfonds für 2011 (Stand April 2012) hatte das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein nominales Gesamtvolumen von etwa 69,66 Billionen US-Dollar. Damit war es im Vergleich zu 2010 um 3,85 Prozent gestiegen. Dieses Wachstum verteilte sich aber weiter ungleichmäßig: das BIP Chinas wuchs um 9,24 Prozent, Indiens 7,24 Prozent, Russlands 4,30 Prozent und Brasiliens 2,73 Prozent, während das der USA bei 1,74 Prozent lag und der EU bei 1,62 Prozent. Gleichwohl ist die EU mit einem BIP von 17,58 Billionen US-Dollar der größte Wirtschaftsfaktor der Welt. Innerhalb der EU trägt Deutschland mit einem BIP von nominal 3,58 Billionen US-Dollar 2011 zu etwa einem Fünftel zur Gesamtleistung der EU bei⁹.

Der deutsche Außenhandelsumsatz erreichte 2011 ein Volumen von 1,96 Billionen Euro, die Exporte überstiegen erstmals die 1-Billion-Euro-Marke; der Exportüberschuss lag bei 158.086,3 Millionen Euro¹⁰. 2010 betrug der Umsatz 1,77 Billionen Euro und der Exportüberschuss 153.333,3 Millionen Euro¹¹. Damit ist die deutsche Wirtschaft weiter „Export-Vizeweltmeister“ (seit 2005 hinter China – hier müssen die Umsätze und Salden der Volksrepublik, Hongkongs und Makaus addiert werden, was in vielen Statistiken nicht geschieht). Die neuen Debatten um deutsche Weltgeltung haben, dies sei zunächst festgestellt, einen realwirtschaftlichen Hintergrund.

Nach den Zahlen seit der Finanzkrise verzeichnete das deutsche BIP 2008 gegenüber dem Vorjahr noch ein Plus von 1,1 Prozent, 2009 ein Minus von 5,1 Prozent und 2010 bzw. 2011 wieder ein Wachstum 3,7 und 3,0 Prozent. Die maßgebliche Wirkung der weltweit sinkenden Nachfrage war 2009 ein Einbruch der deutschen Exporte um 18,4 Prozent, bereits 2010 ein Anstieg um 18,5 Prozent und 2011 um 11,4 Prozent, das heißt 2011 war der Höchststand von 2008 wieder überschritten¹². Der deutsche Außenhandelsüberschuss stammte 2010 zu 79,0 Prozent aus den Exporten in die anderen EU-Länder, zu 55,22 Prozent aus der Euro-Zone¹³. Im Jahre 2011 resultierte der deutsche Außenhandelsüberschuss zu 75,6 Prozent aus der EU und zu 50,83 Prozent aus der Euro-Zone¹⁴.

Hier ist es sinnvoll, sich bestimmte Verschiebungen innerhalb der EU anzuschauen. Vergleicht man die nominelle BIP-Leistung der EU-Länder (in diese Berechnungen fließen bekanntlich auch Umsätze bzw. Erlöse der „Finanzindustrie“ ein) der Jahre

⁹ de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_Bruttoinlandsprodukt (abgerufen am 3. August 2012).

¹⁰ Statistisches Bundesamt: *Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland* (mit Umsatz und Saldo) 2011, erschienen am 12.07.2012 (abrufbar unter: destatis.de).

¹¹ Statistisches Bundesamt: *Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland* (mit Umsatz und Saldo) 2010, erschienen am 10.03.2011 (abrufbar unter: destatis.de).

¹² Angaben nach EUROSTAT, 14.02.2012, und UNCTADstat.

¹³ Eigene Berechnungen. Allerdings ist hier der Exporterlös für 2010 nach den neueren UNCTAD-Zahlen zugrunde gelegt; nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Fußnote 10) waren das 2010 79,8 Prozent EU und 55,8 Prozent Eurozone.

¹⁴ Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt 2011.

2007 und 2011, so ist der deutsche Anteil von 19,79 auf 20,35 Prozent angestiegen, der Frankreichs von 14,89 auf 15,79, die Anteile Italiens und Spaniens blieben mit etwa 12,5 bzw. 8,5 Prozent etwa gleich, während der Anteil Großbritanniens von 16,66 auf 13,75 gesunken ist und der Irlands von 1,55 auf 1,24 Prozent. Die Anteile Großbritanniens und Irlands an der Wirtschaftsleistung der EU insgesamt sind jeweils um etwa ein Fünftel gesunken. Das bedeutet, dass die Länder, deren Wirtschaft eher von der Realwirtschaft getragen sind, besser über die Krise kamen, als jene, die sich auf „Finanzprodukte“ spezialisiert hatten, mit anderen Worten: die Schauplätze der Spekulation sind.

Politische Konsequenzen

Die deutschen Exportüberschüsse sind die Kehrseite der Schulden der anderen EU-Länder. Angesichts der „Sparpolitik“ gegenüber den Schuldnerländern ergibt sich die Frage: Werden die Kunden geschlachtet, nur um den Euro zu retten (z.B. Griechenland), und Deutschland zerstört seine eigenen Märkte? Hörigkeit der Politik gegenüber „den Finanzmärkten“ reicht als Erklärung nicht aus. Es geht offenbar um den Euro als zweite Weltwährung in Konkurrenz und Auseinandersetzung mit dem US-Dollar. Insofern als der Euro Grundlage der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft und damit in der Welt von heute ist, liegt die Priorität darauf, dass der Euro gerettet und stabilisiert werden soll, auch wenn dies auf Kosten anderer EU-Länder, ihrer sozialen Lage und Stabilität geht. Damit zeichnet sich bereits jetzt ein Spannungsverhältnis zwischen den globalen deutschen Interessen als geoökonomischer Macht und den Erfordernissen der Gestaltung der Europäischen Union als eines Integrationsverbundes von Staaten, Völkern und Regionen ab. Die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union sollten aus Sicht der Integrationsziele verringert werden, während sie aus Sicht der deutschen Globalinteressen irrelevant sind, sofern sie die Funktionalität der deutschen Exportwirtschaft nicht stören.

Das Sinken der Anteile der anderen EU-Länder bzw. der Euro-Zone am Exportüberschuss Deutschlands von 2010 zu 2011 scheint diese Strategie zu bestätigen: Die Erlöse der deutschen Wirtschaft aus dem fernen Welthandel steigen auch bei sinkendem EU-Handel. Es entsteht eine neue Peripherie nicht nur in der globalisierten Welt, sondern auch innerhalb Europas – Deutschland und einige andere Länder, die zur „harten“ Eurozone gehören, stellen im eigentlichen Sinne das Zentrum der EU dar, während die verschuldeten Länder im Mittelmeerraum und am „Rande“ der EU (Irland, Portugal, Griechenland, Italien und Spanien) die schwächelnde Peripherie bilden. Die Frage nur ist, ob die EU als Integrationsverbund das auf die Dauer verkraftet. Der schon zitierte Hans Kundnani schrieb im Sommer 2012: „Deutschlands gewachsene Macht und Frankreichs verhältnismäßige Schwäche haben es Berlin erlaubt, seine Präferenzen in der Euro-Zone und der EU durchzusetzen“. Am Ende aber wird „das Europa, das in der Krise entsteht, weniger ein deutsches, denn ein chaotisches“ sein¹⁵.

¹⁵ H. Kundnani, *Was für ein Hegemon? Berlins Politik führt zu keinem deutschen, sondern einem chaotischen Europa*, „Internationale Politik“ 2012, Heft 3, s. 25.

Zur gleichen Zeit haben wir es innerhalb der EU zwar einerseits mit der Herausbildung einer EU-weiten politischen Struktur und „Elite“ zu tun, und die Kapitalverflechtungen nehmen europaweit zu. Gleichzeitig aber bestehen weiterhin national organisierte „staatsmonopolistische Komplexe“ der Macht, und damit unterschiedliche Interessenträger – das deutsche Kapital und die deutsche Regierung, das französische Kapital und die französische Regierung, das britische und die britische Regierung (mit den Sonderinteressen in Sachen „Finanzplatz“ London) –, die innerhalb der EU identifizierbar sind. In diesem Sinne ist einerseits davon auszugehen, dass die Institutionalisierung der EU und die Vergemeinschaftung ihrer Politik voranschreiten, andererseits aber Machtverschiebungen vor sich gehen, die den Nationalstaaten zugeordnet werden müssen. So ist es analytisch trotz EU-Integration sinnvoll, von deutschem Dominanzstreben zu sprechen.

Damit aber steht die „deutsche Frage“ wieder neu. Deutschland ist Hauptnutznießer der Euro-Einführung, es wäre auch der Hauptleidtragende seines Zusammenbruchs. Die Rettung geht aber nicht über Hegemonie, sondern über Kooperation. Die EU, wie sie institutionell seit 1950 geschaffen wurde, steht einer Hegemonialordnung grundsätzlich entgegen. Versuche, sie informell auszuüben, scheitern an ihrer gesatzten Ordnung. Wenn es Zweck der EU war, innerhalb der Institutionen jene Widersprüche zwischen den Staaten friedlich und satzungsgemäß auszutragen, die zuvor in mehreren Kriegen in den Schützengräben ausgetragen worden waren, so muss sich dies eben jetzt bewähren. Die starke deutsche Position innerhalb der EU war informell ziemlich unangefochten, solange der französische Präsident Nicolas Sarkozy der Politik von Kanzlerin Angela Merkel nahezu widerspruchsflos folgte, während ein französischer Präsident Francois Hollande, der sich mit dem spanischen und dem italienischen Ministerpräsidenten abstimmt, eine vergleichsweise starke Position in den Institutionen einzunehmen in der Lage ist, durch die die faktische Stärke Deutschlands ausbalanciert werden kann. Da Deutschland weder an einer Schwächung oder gar einem Zusammenbruch des Euro noch der EU interessiert sein kann, nutzt die starke exportwirtschaftliche und finanzpolitische Positionen dagegen letzten Endes wenig. Das institutionelle Gefüge der EU ist für Hegemonie, wessen auch immer, nicht gemacht und steht jedem Hegemoniestreben grundsätzlich entgegen.

Die Kämpfe um die Zukunft der Europäischen Union werden demzufolge auf drei Ebenen ausgetragen: 1) es sind nach wie vor – und unter den Bedingungen der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft – Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, zwischen abhängig Beschäftigten und Kapitaleigentümern; 2) es sind Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen „staatsmonopolistischen Komplexen“ und es ist 3) ein Widerstreit zwischen deutscher Hegemonialpolitik und dem institutionellen Arrangement der EU. Die Widersprüche und Auseinandersetzungen, die auf diesen drei Ebenen ausgetragen werden, sind untereinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig. Im Endergebnis entscheidet der Ausgang dieser Kämpfe in erheblichem Maße über das Schicksal Europas. Es ist offen in dem Sinne, dass die „objektiven Bedingungen“ verschiedenste Resultanten möglich machen. Am Ende entscheidet die politische Fähigkeit der real agierenden Akteure – und das sind nicht nur Regierungen und die Hochbürokratie in den Brüsseler Amtsstuben, sondern auch die Menschen in allen EU-Ländern mit ihren politischen Bewegungen und Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und mit ihrer Zivilcourage.

Summary

Germany in Europe. A new role after the financial crisis?

The main proposition of the author of the paper is that the role and importance of Germany in Europe has increased during the financial crisis of the eurozone. In the opinion of the author, since the government of Chancellor Gerhard Schröder, and especially since his refusal to take part in the anti-Iraq coalition in 2003, German foreign policy has been marked by assertiveness and followed exclusively German national interests. The cabinet of Angela Merkel continues this approach, and the solutions to solve the eurozone's financial crisis Berlin has proposed and promoted are primarily subordinated to the needs of the German economy. In the author's opinion, in the future, Germany will treat the European Union instrumentally as what is termed a hinterland (backup facilities) for emerging German ambitions to become a great power.